

## **Rede Ostermarsch Offenbach 6.4.26**

Manuel Schmidt - 1. Bevollmächtigter der IG Metall Offenbach. - *Es gilt das gesprochene Wort*

„In diesem Augenblick pfeift es hinter uns, schwillt, kracht, donnert. Wir haben uns gebückt – hundert Meter vor uns schießt eine Feuerwolke empor. In der nächsten Minute hebt sich ein Stück Wald, unter einem zweiten Einschlag langsam über die Gipfel, drei, vier Bäume segeln mit und brechen dabei in Stücke. [...] ‚Deckung!‘ brüllt jemand – ‚Deckung!‘ [...] Ich öffne die Augen. Meine Finger halten einen Ärmel umklammert, einen Arm. Ein Verwundeter? Ich schreie ihm zu, keine Antwort – ein Toter. Meine Hand fasst weiter, in Holzsplitter, da weiß ich wieder, dass wir auf dem Friedhof liegen.“

Erich Maria Remarque beschreibt in „Im Westen nichts Neues“, wie junge Soldaten

im Granathagel Schutz auf einem Friedhof suchen – zwischen den Toten, während neue sterben. Diese Szene zeigt brutal klar: Krieg ist kein abstrakter Konflikt, sondern ein Zustand, in dem jede Würde, jede Ordnung und jedes Leben zerbricht. Wer das liest, versteht, warum Verhandeln nie Schwäche ist, sondern Menschlichkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Freundinnen und Freunde,  
mein Name ist Manuel Schmidt und ich bin  
der 1. Bevollmächtigte der IG Metall  
Offenbach.

In diesen Zeiten hören wir immer öfter:  
*Aufrüstung sei alternativlos.*  
Wir sagen: **Das Gegenteil ist richtig.**

Jeder Euro, der in immer neue Waffen fließt,  
fehlt an anderer Stelle:

in den Kitas, in den Schulen, in den  
Krankenhäusern, in der Pflege, im  
bezahlbaren Wohnen. Wer sich in  
Offenbach umschaute, weiß wovon ich rede.  
Er fehlt bei denen, die den Laden am Laufen  
halten – bei den Beschäftigten.

Aufrüstung schafft keine Sicherheit.  
Sie **verschiebt Risiken**, sie erhöht  
Spannungen, sie verlängert Konflikte.

Abrüstung dagegen ist kein naiver Traum –  
sie ist **vernünftige Politik**, weil sie  
Ursachen angeht, statt Symptome zu  
bekämpfen.

Als Gewerkschafterinnen und  
Gewerkschafter wissen wir:  
Dauerhafte Sicherheit gibt es nur dort, wo  
Menschen **Perspektiven** haben.

Wo Arbeit fair bezahlt wird.  
Wo soziale Sicherheit trägt.  
Wo niemand gegeneinander ausgespielt  
wird.

Otto Brenner hat 1954 gesagt: besser ein  
Jahr verhandeln als auch nur einen Tag Krieg  
führen!!! Und ja, er hat so recht!

Konflikte lassen sich nicht wegbomben.  
Sie lassen sich **verhandeln** – mühsam,  
langsam, widersprüchlich.

Diplomatie ist anstrengend aber folgerichtig  
und notwendig liebe Kolleginnen und  
Kollegen.

**Eskalation** folgt einer einfachen Logik:  
schneller, lauter, härter.

**Diplomatie** folgt einer besseren Logik:  
zuhören, vermitteln, deeskalieren.

Wir sagen klar: **Wer Frieden will, muss reden – auch dann, wenn es schwerfällt.**  
Gerade dann.

Doch das Gegenteil ist derzeit der Fall.  
Frankreichs Präsident Emanuel Macron plant die Stationierung atomwaffenfähiger Jets in Großbritannien und sieben weiteren europäischen Ländern. Schweden und Dänemark haben einer strategischen atomaren Zusammenarbeit mit Paris zugesagt. Finnland diskutiert, sein seit 1987 geltendes Atomwaffenverbot aufzuheben. Deutschland stationiert US Mittelstreckenwaffen. Und im Hintergrund arbeitet Donald Trump weiter am Zusammenbruch der Nato.

Jede Eskalation erhöht die Gefahr, dass  
Gewalt außer Kontrolle gerät.  
Und am Ende zahlen immer die Gleichen  
den Preis:  
Zivilistinnen und Zivilisten.  
Beschäftigte.  
Familien.  
Kinder.

Wir erleben derzeit eine gefährliche  
Verschiebung der politischen Prioritäten.  
Plötzlich ist Geld da – aber nicht für  
Soziales, sondern für Rüstung.

Wir fragen: **Warum gilt für Panzer keine  
Schuldenbremse, aber für Schulen  
schon?**

Warum sollen Krankenhäuser sparen,  
während Rüstungsausgaben explodieren?  
Warum wird der Sozialstaat als

Kostenfaktor behandelt – und  
Militarisierung als Investition?

Unsere Antwort ist eindeutig:

**Der Sozialstaat ist kein „nice to have“. Er ist die Grundlage einer funktionierenden Gesellschaft. Wer hier die Axt anlegt, gefährdet den sozialen Frieden in Deutschland.**

Investitionen in Bildung, Pflege, Gesundheit und gute Arbeit sind **Friedenspolitik**.

Sie verhindern Ausgrenzung.

Sie verhindern soziale Spaltung.

Sie verhindern Radikalisierung.

Wer wirklich Sicherheit will, stärkt den sozialen Zusammenhalt – nicht das Wettrüsten.

Kriegslogik braucht Feindbilder.

Sie teilt die Welt in *wir* und *die anderen*.

Sie spaltet – nach Herkunft, nach Nationalität, nach Meinung.

Gewerkschaftliche Solidarität funktioniert anders.

Sie sagt: **Ein Angriff auf die Würde eines Menschen ist ein Angriff auf uns alle.** Dies muss auch für das Völkerrecht gelten. Das Völkerrecht ist so wichtig, weil es die Macht des Stärkeren begrenzt und allen Staaten – großen wie kleinen – verbindliche Regeln gibt. Ohne Völkerrecht gilt nicht Recht, sondern Willkür. Dies wird gerade ausgehöhlt und die öffentliche Debatte findet darüber nicht statt. Bundespräsident Steinmeier hat das zu recht öffentlich kritisiert und wurde von seiner eigenen Partei wieder einbremsst.

Wir dürfen uns uns nicht gegeneinander ausspielen lassen:

nicht Beschäftigte gegen Erwerbslose,  
nicht Inländer gegen Geflüchtete,  
nicht Jung gegen Alt.

Solidarität heißt, Konflikte **gemeinsam** zu lösen – sozial, demokratisch, friedlich.

Das ist unsere Stärke.

Und das ist unsere Antwort auf jede Form von Spaltung.

Und die Vorbereitungen Deutschland wieder „Kriegstüchtig“ zu machen laufen auf Hochtouren. An Schulen, in Sporthallen wird mächtig Werbung für den Dienst an der Waffe gemacht. Bundeswehr-Generalinspekteur Carsten Breuer lässt uns wissen, dass Abschreckung nicht nur reaktiv sei, sondern auch aktive Momente habe. Jungoffiziere laufen durch Schulklassen und phaseln was von Karriere bei der Bundeswehr.

Seit **1. Januar 2026** gibt es in Deutschland eine neue Melde- bzw.

Genehmigungspflicht: **Männliche**

**Personen ab 17 Jahren** müssen sich **vor einem längeren Auslandsaufenthalt** der länger als drei Monate andauert beim zuständigen Karrierecenter der Bundeswehr melden und eine **Genehmigung einholen**.

Das gilt auch **ohne** Spannungs- oder Verteidigungsfall und unabhängig davon, ob aktuell Wehrdienst geleistet wird.

Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes lautet:

„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Einen

Kriegsdienstverweigerungsantrag-Antrag kann jeder deutsche Mann stellen, der älter als 17,5 Jahre und jünger als 60 Jahre ist. Er kommt also auch für Männer in Frage, die älter als der Jahrgang 2008 sind. Sollte ein

KDV-Antrag negativ beschieden werden, vertritt die IG Metall Offenbach ihre Mitglieder auch vor Gericht. Für uns als IG Metall ist klar, dass ist ein Irrweg und den wir schnellsten wieder verlassen sollten. Wir lehnen jeder Art der Wehrerfassung ab liebe Freundinnen und Freunde.

Lasst mich deutlich sagen, wogegen wir heute und hier stehen:

- **Wir lehnen die Militarisierung unserer Gesellschaft ab.**
- **Wir lehnen die Ausweitung der Rüstungsausgaben ab.**
- **Wir lehnen die Wiedereinführung der Wehrpflicht ab.**
- **Wir lehnen kriegerische Gewalt ab.**

Diese Ablehnung ist kein Zeichen von Schwäche. Sie ist ein Ausdruck von **Verantwortung**.

Wir stehen für eine andere Politik:  
Eine Politik, die Konflikte zivil löst.  
Eine Politik, die Menschen schützt – nicht die Märkte für Waffenlieferungen.  
Eine Politik, die Solidarität organisiert, statt Ängste zu schüren.

Als Gewerkschaft sagen wir:  
Frieden ist eine **Arbeitsbedingung**.  
Ohne Frieden gibt es keine sichere Beschäftigung,  
keine Tarifverträge,  
keine Mitbestimmung,  
keine soziale Demokratie.

Der Ostermarsch erinnert uns daran:  
Frieden fällt nicht vom Himmel.  
Er wird gemacht – durch Haltung, durch  
Engagement, durch Widerspruch.

Lasst uns laut bleiben.

Lasst uns solidarisch bleiben.

Lasst uns unbequem bleiben.

**Abrüstung statt Aufrüstung.**

**Diplomatie statt Eskalation.**

**Soziales statt Militarisierung.**

**Solidarität statt Spaltung.**

Danke euch für die Aufmerksamkeit und  
Glück Auf!